

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 44

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 5 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 29. Oktober 1921

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 3 Mark
(der Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen 1,50 Mark die Zeile.

35. Jahrg.

Die Bau- und Wohnungsfrage im Reichstagsauschuß.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages hat vor einiger Zeit einen Unterausschuß eingesetzt, der über die Beschaffung der Mittel für die Neubautätigkeit, die Regelung der Baustoffbewirtschaftung sowie die Neuorganisation des gesamten Wohnungs- und Siedlungswesens zu beraten und dem Gesamtausschuß geeignete Vorschläge zu unterbreiten hat. Auf Grund einer Berufung des Reichsarbeitsministers gehören dem Unterausschuß als stimmberechtigte Mitglieder auch außerhalb des Reichstages stehende Sachverständige beziehungsweise Vertreter solcher Organisationen an, die Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot gemacht haben. Unter andern nahmen als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes Dr. Wagner, Kaufmann und Ellinger, vom Deutschen Gewerkschaftsbund (Christliche Gewerkschaften) Wiebeberg und Fromm an den Arbeiten des Unterausschusses teil. Auch der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe und einige andere Arbeitgeber- beziehungsweise Händlervereinigungen waren im Ausschuß vertreten. Außerdem wurden vom Ausschuß zu bestimmten Fragen noch besondere Sachverständige gehört.

Ueber die geleistete Tätigkeit dieses Ausschusses bringt uns die „Soziale Bauwirtschaft“ in ihrer Nr. 18, auf die wir unsere Kollegen besonders aufmerksam machen, da sie außerdem recht wertvolle Beiträge enthält, einen gut informierenden Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

Den Beratungen über die Neuorganisation des Wohnungswesens lagen in der Hauptsache zwei verschiedene Vorschläge zugrunde; nämlich erstens die „Richtlinien zu einem Gesetz über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens“, die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund aufgestellt und die in Nr. 16 der „Sozialen Bauwirtschaft“ veröffentlicht worden sind, und zweitens der Entwurf eines Reichsgesetzes über die Einführung der Gemeinwirtschaft im Mietwohnungswesen von Stadtrat Friedrich Hofmann in Leipzig. Der Vorschlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes geht nach verschiedenen Richtungen weiter als der des Stadtrats Hofmann. Nach dem Vorschlag der Gewerkschaften sollte das gesamte Mietwohnungswesen Deutschlands zwangsweise in die Gemeinwirtschaft überführt werden, während der Vorschlag des Stadtrats Hofmann lediglich den Gemeinden die Ermächtigung geben will, ihr Mietwohnungswesen in die Gemeinwirtschaft zu überführen. Träger der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen sollten nach dem Vorschlag der Gewerkschaften Gesellschaften öffentlichen Rechts: Hauschaften, Wohnungsverbände, Landeswohnungsverbände und der Reichswohnungsverband sein. Der Vorschlag des Stadtrats Hofmann sieht dagegen die Bildung von Wohnungsgenossenschaften vor, die allerdings auch zu Wohnverbänden und durch ein besonderes Gesetz auch zu Landeswohnverbänden und zu einem Reichswohnverband sollten zusammengeschlossen werden können. Nach dem Vorschlag der Gewerkschaften hätten die Körperschaften öffentlichen Rechts den gesamten Miethausbesitz gegen eine angemessene Rente zu enteignen; der Vorschlag Hofmanns sieht dagegen nur die Bewirtschaftung der Mietwohnungen durch die Wohnungsgenossenschaften vor, das Eigentum an den Wohnungen soll den heutigen Hausbesitzern erhalten bleiben. Nach dem Vorschlag der Gewerkschaften sollen die Selbstverwaltungskörperschaften öffentlichen Rechts alle das Wohnungs- und Siedlungswesen betreffenden Angelegenheiten unter der Oberhoheit der gesetzgebenden Körperschaften des Reichs, der Länder und Gemeinden selbstständig regeln. Insbesondere hätten diese Körperschaften auch die erforderlichen Neuwohnungen zu bauen und die dafür nötigen Mittel zu beschaffen. Nach dem Vorschlag des Stadtrats

Hofmann sollen dagegen die Wohnungsgenossenschaften fast ausschließlich verwaltende Aufgaben haben. Der Wohnungsbau selbst wäre eine Aufgabe der Gemeinden.

Im Unterausschuß hat sich für die Vorschläge der Gewerkschaften leider keine Mehrheit gefunden, obwohl sich Stadtrat Hofmann selbst im wesentlichen für diese Vorschläge ausgesprochen hat. Der Vertreter des Zentrums und die Vertreter der christlichen Gewerkschaften lehnten die Vorschläge der freien Gewerkschaften ab und damit war das Schicksal dieser Vorschläge im Ausschuß besiegelt. Dagegen stimmten sowohl die Vertreter der christlichen Gewerkschaften wie die Vertreter des Zentrums den weniger weitgehenden Vorschlägen des Stadtrats Hofmann zu. Da nach Ablehnung der Gewerkschaftsvorschläge, trotz großer Bedenken im einzelnen, auch die Vertreter der freien Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien für den Vorschlag Hofmann stimmten, um wenigstens etwas zu erreichen, wurde dieser Vorschlag mit 12 gegen 10 Stimmen angenommen. Der Vorschlag geht nun zunächst an das Plenum des 18. Ausschusses.

Zur Finanzierung des Wohnungsbaues in den nächsten Jahren wurden von verschiedenen Seiten Vorschläge gemacht. Die Vertreter der freien Gewerkschaften gingen davon aus, daß eine befriedigende Regelung dieser Frage nur zu erreichen sei durch die Einführung der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen. Das ganze Volk müsse eine Wohngemeinschaft werden. Die heute Wohnungen hätten, müßten gemeinsam mit denen, die keine Wohnung bekommen können, die heutigen hohen Baukosten tragen, indem sie gemeinsam die Mittel zur Finanzierung des Wohnungsbaues beschaffen. Dabei sei die größte Verbilligung der Baustoffe und der Bauausführung zu erstreben. Die Vertreter der Gewerkschaften erkannten jedoch an, daß bis zur gemeinwirtschaftlichen Regelung des Wohnungswesens ein Provisorium zur Finanzierung des Wohnungsbaues erforderlich sei.

Eingehend unterhielt sich der Ausschuß über den notwendigen Umfang des Bauprogramms für die nächsten Jahre. Der Abgeordnete Bahr (D.D.P.) hatte einen Vorschlag vorgelegt, der die Erbauung von 1 400 000 Wohnungen — davon 400 000 Siedlungen — in den nächsten 5 Jahren vorsah. Von anderer Seite wurde bezweifelt, daß sich zur Durchführung eines solchen Bauprogramms die nötigen Mittel, Arbeitskräfte und Baustoffe beschaffen lassen. Es wurde für die nächsten beiden Jahre ein Programm von je 100 000 beziehungsweise 150 000 Wohnungen vorgeschlagen. Die Mehrheit des Ausschusses empfahl schließlich die Aufstellung eines Programms für die nächsten beiden Jahre mit je 200 000 bezuschützten Wohnungen im Jahre.

Darüber, woher die Mittel zur Finanzierung der Bautätigkeit in den nächsten Jahren genommen werden sollen, gingen die Meinungen der Ausschußmitglieder weit auseinander. Einigkeit — und zwar volle Einigkeit — bestand nur darüber, daß die Wohnungsnebautätigkeit aus der Wohnungswirtschaft selbst finanziert werden müsse. Von den Anhängern der Privatwirtschaft wurde eine stärkere Heranziehung des Privatkapitals zum Wohnungsbau empfohlen. Die Vertreter dieser Richtung möchten am liebsten eine Wohnungspolitik treiben, die allmählich zur Aufhebung der Mieterschutzgesetzgebung und zur Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte auf dem Bau- und Wohnungsmarkte führt. Die Vertreter der Gemeinwirtschaftsgedankens wiesen demgegenüber darauf hin, daß das Privatkapital Wohnungen nur bauen könne, wenn sich die Neubaufkosten aus den Mieten ordnungsgemäß verzinsen lassen, was zurzeit etwa eine Verzwanzigfachung und vielleicht bald eine Verzwanzigfachung der Mieten der Vorkriegszeit notwendig machte. Derartige Mieten für neue Wohnungen hätten ähnliche Mieten für alte Wohnungen, die Aufhebung der Mieterschutzgesetze und die volle Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte auf dem Bau- und Wohnungsmarkte zur Voraussetzung. Der Ausschuß war fast einmütig der Auffassung, daß zurzeit die Aufhebungen

der Mieterschutzgesetze und die Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte auf dem Bau- und Wohnungsmarkte nicht angängig sei und daß ohne öffentliche Zuschüsse die Wohnungsnot nicht zu überwinden sei. Bismütige Einmütigkeit erreichte man im Ausschuß darüber, daß die Aufbringung der Mittel zur Finanzierung des als notwendig erachteten Bauprogramms ohne einen Ausbau des jetzigen Wohnungsabgabegesetzes — das heißt ohne eine wesentliche Erhöhung der Wohnungsmieten — nicht zu erreichen sei. Die Gewerkschaftsvertreter stimmten der Erhöhung der Wohnungsabgabe zu unter der Voraussetzung, daß die Renten-, Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Jahresbezüge um den Betrag der Mietsteigerung erhöht erhalten. Sie forderten außerdem, daß die in der Baustoffproduktion entstehenden Goldwerte erfasst und dem Wohnungsbau zugeführt werden. Das Ergebnis der sehr langen und sehr eingehenden Beratung war schließlich die Annahme im wesentlichen der von Dr. Wagner vorgeschlagenen Richtlinien, die wir noch bekanntgeben werden.

Zu den neuen Lohnverhandlungen.

Nach der schon im letzten „Verbands-Anzeiger“ bekanntgegebenen Kündigung des geltenden allgemeinen Lohnabkommens ist zwischen den beiderseitigen Verbandsvorsitzenden vereinbart worden, daß die erforderlichen zentralen Verhandlungen am 18. und 19. oder am 22. und 23. November stattfinden sollen. Das Reichsarbeitsministerium ist bereits verständigt und wird sicher zu einem der beiden Termine die Parteien des Reichstarifvertrages einladen. — Zwischenverhandlungen für die Einladungen sind nicht bestimmt angeordnet worden, doch soll es den Bezirksleitern unseres Verbandes und den Bau- beziehungsweise den Landesverbandsvorsitzenden der Arbeitgeber freistehen, sich über die Abhaltung von Verhandlungen zu verständigen.

Wir werden die Kollegen über den weiteren Verlauf der Bewegung laufend unterrichten.

Die Entwicklung der Reallohne.

Von Professor E. Lederer-Heidelberg.

Die tiefgehenden Umwälzungen der europäischen Volkswirtschaften lösen naturgemäß fortgesetzte Kämpfe der einzelnen Klassen um die Verteilung des Produktionsertrages aus. In den europäischen Volkswirtschaften, zumal der besiegten Staaten, wird infolge der Nachwirkungen des Krieges noch immer weit mehr verbraucht als erzeugt. In dieser Lage ergeben sich naturgemäß fortgesetzte Preissteigerungen, die wiederum Veränderungen aller Einkommen zur Folge haben; diese Veränderungen vollziehen sich zuerst in den Einkommen der Unternehmer, die sich zunächst bei steigenden Warenpreisen erhöhen. Nur allmählich rücken dann die Einkommen der Arbeiter, Angestellten, Beamten nach. In der Öffentlichkeit wird diese Steigerung der Arbeitseinkommen viel stärker beachtet als die vorangegangenen Erhöhungen der Preise. Es ist nun ein Lebensinteresse der Arbeiterschaft, festzustellen, in welchem Tempo die Warenpreise auf der einen Seite, die Löhne auf der andern Seite sich entwickeln. Eine Feststellung, welche aus vielen Gründen, vor allem weil wir keine zuverlässige Preis- und Lohnstatistik haben, nur mangelhaft möglich ist.

Solche Untersuchungen sind in der Tat auch für Deutschland in größerem Umfang erst in den letzten Jahren üblich geworden, und es wird in diesen meistens Preisstand und Lebenshaltung des Jahres 1913 mit der Entwicklung seit Kriegsbeginn verglichen. Nun hat sich in dieser Zeit nur eine Entwicklung fortgesetzt, die sich schon viele Jahre vorher anbahnte. Der Beweis hierfür wird für das amerikanische Wirtschaftsgebiet auf Grund eines sehr genau erforschten und nach vollkommenen Methoden aufgearbeiteten statistischen Materials in einer interessanten Abhandlung der Zeitschrift „The American Economic Review“ vom September dieses Jahres „Ueber die Bewegung der Reallohne 1890 bis 1918“ geführt, welche von Douglas und Lamberson stammt.

Die Ergebnisse dieser genauen Untersuchung sind auch für die deutsche Arbeiterschaft sehr wichtig, weil sich zeigt, daß sich schon lange vor dem Kriege in einem Wirtschaftsgebiet, dessen Quellen reichlich flossen, das sehr entwicklungsfähig war und sich auch rasch entwickelte, trotz allseits anerkannter hoher Arbeitsleistung und wachsender Ergiebigkeit der nationalen Produktion der Reallohn nicht mehr steigerte, sondern sogar zurückging.

Die entscheidenden Ergebnisse der erwähnten Abhandlung bejagen folgendes: Wenn wir den Zeitabschnitt seit dem Jahre 1890 bis zum Kriegsausbruch betrachten, so können wir feststellen, daß sich im Durchschnitt die Anzahl der Arbeitsstunden um ungefähr 10 % vermindert hat. In dieser Zeit sind die Stundenlöhne zugleich um nahezu 50 % gestiegen; aber es haben sich die Preise um 56 % gesteigert. Infolge der erwähnten Verringerung der täglichen Arbeitszeit ist die Kaufkraft des durchschnittlichen Tagelohnes rascher, nämlich um ungefähr 13 %, gesunken. Diese Senkung vollzog sich in wenigen Jahren, nämlich seit dem Jahre 1907, bis zu welchem Zeitpunkt — von 1890 ab gerechnet — die Verhältnisse ziemlich unverändert geblieben waren.

Die Tabellen der amerikanischen Abhandlung gestatten noch weiter die Entwicklung bis zum Jahre 1918, also bis zum Kriegsende, zu verfolgen. In dieser Zeit ist die Länge des Arbeitstages fast unverändert geblieben, hingegen hat sich die Kaufkraft der Löhne (was sich aus dem Vergleich der Lohnhöhe und der Preisbewegung ergibt) um weitere 20 % verringert.

Wenn wir diese Daten betrachten, können wir also folgendes feststellen:

1. Es hat sich schon vor dem Kriege die Kaufkraft des Lohnes der amerikanischen Arbeitererschaft erheblich vermindert. Es ist zwar auch die Arbeitszeit etwas gesunken, aber wir dürfen annehmen, daß demgemäß die Leistung des Arbeiters in der kürzeren Arbeitszeit entsprechend angestiegen ist. Die Daten zeigen also, was ja auch die Theorie bestätigt, daß die Zeit guter Konjunktur, welche ja im Jahre 1905 bis 1906 einwirkte, für die großen Massen stets eine Einschränkung des Konsums mit sich bringt, weil die Preise rascher steigen als die Löhne. Es scheint auch, daß die wachsende Bedeutung industrieller Monopole und die Schwäche der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung auf dem Arbeitsmarkt diese Bewegung unterstützt beziehungsweise erst ermöglicht hat.

2. Seit Kriegsbeginn ist naturgemäß bei steigenden Geldlöhnen eine weitere Senkung der Kaufkraft erfolgt. Die Ziffern zeigen, daß die amerikanische Arbeitererschaft in hohem Maße die Beteiligung am Kriege mit einer Verschlechterung der Lebenshaltung bezahlen mußte. Stiegen doch die Löhne von 1916 bis 1918 nur um 30 %, während der Preisindex in diesen Jahren um 50 % hinaufschoss. Allerdings waren demgemäß die Einschränkungen, denen sich der amerikanische Arbeiter unterwerfen mußte, weit geringer als die Entbehrungen des europäischen Proletariats; aber man kann nicht sagen, daß sie ganz bedeutungslos waren. Die angegebenen Ziffern sind naturgemäß Durchschnittsziffern und die Ergebnisse in den einzelnen Staaten und Industrien weichen zum Teil davon ab. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß — wie auch die Autoren am Schlusse ihrer Abhandlung betonen — die Kaufkraft der Löhne um 20 bis 30 % geringer war als in den neunziger Jahren, und um 10 bis 20 % geringer als im Jahre 1915. Es kann also, wie weiter gesagt wird, nicht behauptet werden, daß die amerikanische Arbeit als Ganzes vom Kriege einen Gewinn gehabt hat. Vielmehr: die Arbeitererschaft war gezwungen, ständig ihr Einkommen zu steigern, um nur ihren Platz zu behaupten, was ihr, wie wir gesehen haben, nicht einmal gelang.

Wenn wir die Rückentwicklung aus dieser eingehenden wissenschaftlichen Darstellung ziehen, so werden sie im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß die Verringerung der Kaufkraft in Europa sicher noch bedeutend erheblicher war; insbesondere kann man sagen, daß die Anpassung des Lohnes an das gestiegene Preisniveau um so schwieriger ist, je rascher die Preise steigen. Insbesondere trifft das auf Preissteigerungen zu, welche aus einer Entwertung der Währung folgen. In diesem Fall nämlich steigen die Preise für die importierten Rohstoffe, ebenso die Preise für die Export-

waren, endlich auch die Preise für zahlreiche Inlandsprodukte, die gleich auf dem Weltmarkt gehandelt werden, gleichlaufend mit der Geldentwertung rasch an, während die Löhne immer erhebliche Zeit brauchen, um nachzurücken.

Infolgedessen ist die Arbeit heute dasjenige Produktions-element, das am meisten von seinem Goldwert entfernt ist. Wir werden in der Annahme nicht fehlgehen, daß die weitläufigere Organisation der Produzenten, ihre leichte Verständigung in den Kartellen und schließlich die Wirksamkeit der Handelsbewegungen auf dem Weltmarkte die Ursache für das rasche Ansteigen der Preise auch auf dem Inlandsmarkt ist, während es ja heute einen Weltmarkt für die Arbeit, infolge der Hemmnungen für die Auswanderung, nicht gibt. Die Arbeitskraft ist also heute die einzige Ware, für welche sich der Goldwert, die Anpassung an den Weltmarktpreis, nicht automatisch herstellt. Um so wichtiger wird für die Preisbestimmung der Arbeitskraft die Gewerkschaftsbewegung — heute die einzige wirtschaftliche Kraft, welche, wenn auch im langsameren Tempo, dafür sorgt, daß auch die Arbeitskraft wieder ein „Goldwert“ wird.

Lohnbewegungen.

Die Lohnverhandlungen mit dem Rheinisch-Westfälischen Maler-Zunungsverband am 11. Oktober in Essen haben zu keinem für unsere Kollegen annehmbaren Ergebnis geführt. Da die Arbeitgeber sich damit einverstanden erklärten, gemeinsam den Reichskommissar um einen Schiedspruch zu erfuchen, wurden sofort Schritte eingeleitet, um einen baldigen Schiedspruch herbeizuführen. Am 16. Oktober trat dann das Schiedsgericht beim Reichskommissariat in Dortmund zusammen. Nachdem die Parteien ihren Standpunkt begründet hatten, wurde nach langer Beratung folgender einstimmig gefällter Schiedspruch verkündet: 1. Vom 14. Oktober 1921 an erhöhen sich die Stundenlöhne der Malergehilfen im Bezirk Düsseldorf um 1,30, im besetzten Gebiet um 1,20, im Industriegebiet um 1,20, im Bergischen Lande um 1,15 M. und im östlichen Westfalen um 90 P. 2. Für Bielefeld sind die besonderen örtlichen Vereinbarungen zu berücksichtigen. 3. Vorstehende Regelung gilt bis zum 15. Dezember 1921. Im übrigen gelten die tariflichen Bestimmungen.

Die Parteien werden aufgefordert, innerhalb einer vom heutigen Tage an laufenden Frist von einer Woche dem Reichs- und Staatskommissar schriftlich anzuzeigen, ob sie sich dem Schiedspruch unterwerfen. In derselben Frist kann auch der hier eingereichte Antrag auf Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister gestellt werden.

In einer der Verhandlung folgenden Aussprache beschlossen die Verhandlungsteilnehmer der beiden Gehilfenverbände den Mitgliederversammlungen die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen. Da auch die Arbeitgebervertreter für Annahme eintreten wollen, ist zu erwarten, daß beiderseits dem Schiedspruch zugestimmt wird. Die durch den Schiedspruch festgesetzten Lohnerböhrungen gelangen dann schon am 21. Oktober zur Auszahlung.

Aus unserm Beruf.

Münster. Im Oktober dieses Jahres konnte der Kollege Karl Delagree auf eine 40jährige Tätigkeit bei der Firma J. Stumpe hieselbst zurückblicken. Durch den Zusammenstoß mit der Firma H. Mangels zu einem Großbetrieb wurde der Jubilar einstimmig zum Betriebsrat gewählt. Diesen Posten hat er ehrenhaft und mit gutem Erfolg vertreten. Die Stadt Münster sowie die Handwerkskammer beehrten den Jubilar mit je einem künstlerischen Ehrendiplom. Die Firma überreichte ihm ein Sparsassenbuch mit einem namhaften Betrag.

Auch die Kollegen unserer Filiale beehrten ihren treuen Mitarbeiter mit einer hübschen Gabe; sie geben sich der Hoffnung hin, daß der Jubilar ihnen noch lange ein Vorbild treuer Pflichterfüllung sein möge und dem Verbands ein eifriger Kämpfer unserer Bestrebungen.

Lackierer.

Der vierwöchige Lohnkampf in der Thüringer Metallindustrie hat am Sonnabend, 22. Oktober, seinen Abschluß gefunden, indem die streitenden Parteien einen erneuten Einigungsvorschlag des Weimarer Wirtschaftsministeriums annahmen.

Eingefandt.

Zum Artikel T aylor System und Arbeiterseele in der Nr. 86 des „Vereins-Anzeiger“ wird eingeschrieben: Ich habe mich mit dem Problem seit längerem beschäftigt, da viele Kreise der Arbeiterbewegung und die meisten führenden Genossen die Auffassung geäußert werden durch irgendein System die Produktion gesteigert werden müßte. Mag es nun Taylor-, Prämien- oder Akkordsystem heißen, so bin ich mir von vornherein klar darüber, daß ein solches System, vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen, uns nicht zum Segen gereicht.

Ich will nicht bestreiten, daß der Artikelschreiber die beste Absicht hatte, der Allgemeinheit zu dienen; aber wie liegen die Dinge? Ist nicht ein jedes System in der genannten Hinsicht ein Ausbeutungssystem? Ich kenne das Taylorsystem ziemlich gut; fragen wir uns nun, wenn wir Gewerkschafter die Hand dazu bieten, daß es auch in Deutschland verwirklicht werden soll, wo liegt hier die Solidarität unsern minderbefähigten Genossen gegenüber, wo bleibt das schon seit Jahren gepredigte kollegialische Gefühl? Schaffen wir nicht, indem wir dem Taylorsystem huldigen, Arbeiter zweiter Klasse? Legen wir uns nicht selbst in der gewerkschaftlichen Bewegung den Strick um den Hals, wenn wir die Wege beschreiten, die nur dem Kapital dienen? Es ist eine bestehende Tatsache, daß es die kapitalistische Gesellschaftsklasse verstanden hat, sämtliche technischen Fortschritte sich zu eigen zu machen. Nun sollen wir als Gewerkschafter Schrittmacher des Kapitals und unser eigener Lokengraber sein. Unser Kampf hat sich von jeher dahin erstreckt, los von den kapitalistischen Fesseln, und nicht mehr ein System einführen, das uns immer weiter von unserm Endziel, dem Sozialismus, entfernt.

Wenn ich nun näher auf das Taylorsystem eingehe, so glaube ich von vornherein, daß es wohl nie für unsern Beruf in Frage kommt, und dennoch, was will der „Gründer“ Fred. W. Taylor? Taylor will eine Schematisierungsmethode, er will nicht die geistige und körperliche Fähigkeit bei der Berufswahl, ebensowenig die gründliche Schulung in der Ausbildung im Beruf. Das ergibt sich daraus, daß er die Arbeiter nach einer bestimmten Weise spezifizieren will. Der Grundgedanke ist der, eine hohe Produktion bei geringen Herstellungskosten zu erzielen. Ich stelle mir hier einen Neubau vor, wo ein Kollege nur Decken, der andere nur Türen, der andere nur Fenster usw. bearbeitet. Solch ein Schema tötet den Geist und gibt dem Arbeiter keine innere Befriedigung in seinem Beruf, den Nutzen hiervon hat nur der Unternehmer. Weiter entnehmen wir, daß Taylor fast hinter jedem Arbeiter einen Dummker sieht, indem er sagt, daß jeder Arbeiter von Natur aus lässig und phlegmatisch ist. Sonderbar ist, daß er hier den Arbeitern die Schuld nicht zuschiebt, wie weiter aus der Schrift hervorgeht, sondern auf diejenigen,

Die Kunst im Arbeiterheim.

Uns wird geschrieben: Die Entwicklung des deutschen Proletariats fällt in eine Zeit herrlichster Kulturarbeit. Seit 3 Generationen gibt es in Deutschland eine moderne industrielle Arbeitererschaft: die erste Generation erlebte die Revolution von 1848, die zweite den Deutsch-Französischen Krieg, die dritte den Weltkrieg und den darauffolgenden Zusammenbruch der monarchistisch-militaristischen Staatsform. So reich diese Zeit an politisch-historischem Geschehen war, so arm war sie an kulturellem Besitz. Die Zeit des neudeutschen Kaiserthums, die vielgepriesene wilhelminische Epoche, die Zeit also, in der sich die Arbeiterklasse endgültig bildete und zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung heranwuchs, ist nun gar eine Periode schlimmsten Kulturbarbarismus. Höflichkeit und kapitalistische Marktbesitz, Untertanen- und kanakenhafte Prozeduren einer Klasse von Grundbesitzern und Emporkömmlingen bestimmten den geltenden Kunstgeschmack. Starke künstlerische Persönlichkeiten, typische Richtungen mit eigenem Wollen vermoderten sich nur mit Mühe gegen die Unkultur des offiziellen Kunstbetriebes durchzusetzen. Schlechte Massenware, außen bunt und prahlend, innen hohl und faul, beherrschte den Markt aus in der Kunst. Ein wichtiger, aus geistiger Größe kommender, überwältigender künstlerisch-kultureller Auftrieb fehlte vollständig; nichts zeigte sich auch nur im Schein, was den geschlossenen Leistungen früherer Perioden der Kunstgeschichte an die Seite zu stellen wäre.

In dieser Zeit erlebte die deutsche Arbeiterklasse ihr geringes Erwachen und, dank der Tätigkeit ihrer Gewerkschaften, auch ihren sozialen Aufstieg. Das in den jüngsten oberen Regionen der Gesellschaft an Kunstschaffenden — dem gekennzeichneten Kunstgeschmack entsprechend — entstand, gelangte in industrialisierter, vollkommener verfeinerter Form und in mindertwertigstem Material auch in die Arbeiterhäuser: das Kunstschmuck, das Leinwandbild und gewisse Kunstgegenstände, denen sich später das Stimmophon würdig zugesellte, ließen ihren Einzug in das Arbeiterheim. In einer Zeit ihres mächtigsten Aufstiegs, in der die arbeitende Klasse bereit geworden wäre zum Empfang reichster Kunstschöpfung und zum erlebnisreichen Anschauen, wurde sie vergiftet mit unheimlichem Schmutz. Eine gräßliche, jede eigene kulturelle Regung in der Arbeitererschaft erstickende Gewerkschaftspropaganda breitete sich mit diesen Kunstgegen-

in den Wohnstätten der arbeitenden Massen aus. — Bis sich innerhalb der Arbeitererschaft eigene Kräfte regten, um den Massen den Weg zum Kunstgenuss zu bahnen. Der geistig fortgeschrittenste und energischste Teil schuf die Volkstheater in Berlin und an einigen andern Plätzen; sie erschlossen der Arbeitererschaft das Theater. Die Bildungsausschüsse der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung breiteten ihre Wirksamkeit schnell auch über das gesamte Gebiet der Kunst aus; neben Kunst-abenden und guten Konzerten boten sie der Arbeitererschaft in Bücher- und Bilderausstellungen Literatur und Heimischmut von gewähltem Geschmack. Und diesen Bestrebungen gesellte sich nun als neues Glied, als weitere Stufe des Aufstiegs der Arbeiterklasse zu eigenem Kulturbewußtsein der Volkskunstverlag „Das Bild“. (Gesellschaftsstelle Berlin-Mariendorf, Kurfürstenstraße 19.)

Die vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie haben sich zusammengesetzt, um in Gemeinschaft mit den Arbeitern und Angestellten der Reichsdruckerei dieses Unternehmen ins Leben zu rufen, als eine Genossenschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Schätze der Meister der bildenden Kunst aller Kulturepochen in vornehmen und originalgetreuen Wiedergaben herzustellen. Die Bildungsausschüsse und die Buchhandlungen der beiden sozialdemokratischen Parteien in Berlin haben sich der Genossenschaft angeschlossen, und auch die Volkstheater und die Konsumgenossenschaft werden ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung stellen. Durch die Ausschaltung eines jeden Gewinnes wird ein Preis möglich gemacht, der es dem Arbeiter, Angestellten und minderbesoldeten Beamten gestattet, die Bilder als Wandschmuck in geeigneter Rahmung, wie zur Sammlung in Mappenform zu erwerben und den Kulturabfall des wilhelminischen Zeitalters, den beschämenden Schmutz, der leider noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen bedeckt und die Schränke belastet, zu verbannen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Gewerkschaften angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis unserer Genossen entsprechend gestaltet werden durch eine proletarischen Empfinden gemäße Auswahl der Werke. Drei große Bildwerke werden bereits zum Weihnachtsfest erscheinen.

Wir begrüßen freudig die neue Kulturschöpfung des Proletariats. Der Weg, den die Genossen gehen, die hier zur Tat geschritten sind, wird nicht ohne Nutzen sein. Das Unternehmen wird gegen die Mißgunst der kapita-

listischen Herren des Kunstmarktes, die den unliebsamen Konkurrenten nicht unbehelligt lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeitererschaft auch hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Gesittung, weicherer Innenleben, starkes Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Kunstleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingungen des Erfolges der Arbeiterklasse. Die Bürger von Athen versäumten die Schlacht, um ins Theater zu gehen — wir gehen zur Kunst, um die Schlacht zu gewinnen.

Klassenkampf.

So viele überkommt ein Grausen beim Worte Klassenkampf. Das Wort ist ihnen der Inbegriff der Furcht und Brutalität. Und das, weil sie dem Begriffe einen weissen fremden Inhalt geben, weil sie in den Begriff das hineinlegen, was sie von ihren Gegnern denken. So ist dieses Grausen beim Worte Klassenkampf der Beweis für die ganze Niedrigkeit, mit der der Gegner das Proletariat einschätzt.

Natürlich ist der Klassenkampf ein Kampf der Klasse. Doch ist das gemein, wenn eine Klasse kämpft? Dann wären alle großen Gemeinschaften und alle großen geistigen Bewegungen niedrig und verwerflich. Es kommt darauf an, wo für die Klasse eintritt. Und das ist es, daß die Gegner das letzte Ziel des proletarischen Kampfes nicht kennen, daß sie nur die Gegenwart sehen und den Tageskampf, ohne aus dem ganzen gewaltigen Ringen den hellen Strahl des neuen Morgens herauszufühlen, der sich aus diesem Ringen mit Naturnotwendigkeit hindurchringt.

Der Kampf des Proletariats ist nicht Selbstzweck. Der Kampf der Klasse will nicht nur ein Recht. Schon heute nehmen ja an den gewerkschaftlichen Kämpfen so viele Schmarozker teil, die nicht die Latkraft aufbringen, selber mitzuwirken. Der Kampf der Klasse gilt allen. Das ist gerade der hohe Idealismus des Klassenkampfes, daß allen durch ihn das Glück werden soll, selbst den Gegnern. Alle sollen den neuen Tag begrüßen, an dem der Bruder für den Bruder schafft, die Schwester für die Schwester, und an dem Liebe das einende Band der Welt ist. Und darum ist der Klassenkampf die größte Tat der Weltgeschichte. Er ist der größte Erziehungsfaktor des Menschengeschlechts. Aus dem Kampfe, dem Klassenkampfe heraus soll die Liebe werden.

die durch ihren Einfluß einen systematischen Widerstand den Arbeitgebern gegenüber hervorzurufen. Hiermit sind die Organisationsleistungen gemeint, und ein Mann, der so von der gewerkschaftlichen Bewegung denkt, meint es wirklich nicht ehrlich mit seinem System. Wenn der Artikelschreiber weiter meint, daß er in dem Taylor-System eine feilsche und wirtschaftliche Befriedigung findet, kann ich das nicht unterstreichen. Wenn ein Mensch dazu erzogen werden soll, daß das Letzte aus seiner Arbeitskraft herausgepreßt werden soll, ist nicht gut denkbar, daß er dennoch eine Befriedigung findet. Möglich ist, daß sich jeder Mensch in den Dienst der Allgemeinheit stellen soll. Wenn wir auf diesem Gebiete weiterarbeiten, so brauchen wir kein System, das eine Ausbeutung darstellt. Wir müssen jeden Menschen, der von Natur aus nicht flecht ist, erziehen, sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Aber dieses erzielen wir nicht durch finanzielle Vorteile; denn dadurch erziehen wir nur Egoisten, aber keine Idealisten. Und aus diesen Gründen heraus müssen wir als Gewerkschafter, wenn wir unsere Grundsätze treu bleiben wollen, jedes Ausbeutungssystem verwerfen.

Wenn der Artikelschreiber weiter auf unsere sozialistische Gemeinwirtschaft hinweist, so muß ich sagen, wenn wir ein System in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung für faul halten, so erst recht in einer sozialistischen Gemeinwirtschaft. Wenn wir die Produktion und Leistungsfähigkeit im sozialistischen Staate fördern wollen, so können wir es nicht durch finanzielle Unterlagen, wie Akkord-, Prämien-, oder Taylor-System, sondern dadurch, daß wir allen Menschen eine Gleichberechtigung auf dem kulturellen Wege schaffen. Ich wende mich zurück in die Lehre von Babeuf, die eine Mehrleistung mit kulturellen Begünstigungen belohnen will. Solch ein System wäre für die heutige Zeit schon eher zu empfehlen. Wie arm ist doch heute unsere proletarische Bevölkerung an geistiger Bildung, mehr als je sind heute diese Vorzüge im Besitz einer kleinen Minderheit. Es ist heute keinem Proletarier möglich, die bildende Kunst (Theater usw.) in sich aufzunehmen. Deswegen ist es unsere Aufgabe, jedem Arbeiter es möglich zu machen, daß er ebenfalls alle Vorzüge genießen kann. Es ist richtig, der Mensch lebt nicht, um zu arbeiten, sondern er arbeitet, um zu leben; aber in dem Taylor-System kommt zum Ausdruck, der Mensch lebt nur, um zu arbeiten. Infolgedessen wir als Gewerkschafter nie unsere Hand dazu bieten, einem System zur Einführung zu verhelfen, das unserer gewerkschaftlichen Grundsätze entbehrt. Wir sind gegen jedes Ausbeutungssystem, ebenso auch gegen das Taylor-System.

Baugewerbliches.

Die Belegung der Bauaktivität. Die im Laufe des Sommers 1921 einsetzte, scheint Mitte Oktober ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Diese verspätete Baukonjunktur steht im engen Zusammenhange mit der flotten Beschäftigung der für den Export arbeitenden Industrien und dem allgemein gewachsenen Bedarf an Geschäftsräumen und Büroräumen. Auch die Errichtung von Arbeiterwohnungen bei den großindustriellen Betrieben sowie der Siedlungsbau haben in den letzten Monaten beträchtliche Fortschritte gemacht. Infolgedessen herrscht fast alle deutschen Landesbauämter über einen ungewöhnlichen Mangel an Maurern, Zimmerleuten, Malern, Dachdeckern und andern gelernten Bauhandwerkern. Die Nachfrage übersteigt das Angebot bei weitem, so daß man in Thüringen und andernorts die Umschulung von Arbeitslosen aus andern Berufen in größerem Umfange eingeleitet hat. Die Witterung war bisher der Baukonjunktur sehr günstig, so daß die in Angriff genommenen Arbeiten noch vor Beginn der Kälte größtenteils unter Dach und Fach gebracht werden können. Ganz vereinzelt machte sich gegen Mitte des Monats Oktober mit der Fertigstellung größerer Geschäftsbauten bereits eine geringe Verminderung der Nachfrage nach Arbeitern geltend. Da jedoch besonders in den größeren Städten von der Möglichkeit, die älteren Geschäftshäuser durch Aufbauten und Anbauten zu erweitern, sehr viel Gebrauch gemacht wird, dürfte auch in den Wintermonaten im Baugewerbe verhältnismäßig reichliche Beschäftigung vorliegen. Natürlich haben alle vom Baugewerbe abhängigen Berufe von der jetzigen Konjunktur profitiert. Die Nachfrage nach Stuckateuren, Ofenhebern sowie die Beschäftigung in den Ziegeleien, Kalkbrennereien und ähnlichen Betrieben muß in Anbetracht der Jahreszeit noch immer als befriedigend bezeichnet werden. Auch der Arbeitsmarkt der ungelerten Arbeiter hat im Zusammenhange mit der lebhaften Bauaktivität eine beträchtliche Erleichterung aufzuweisen.

Baustoffpreise in Frankreich. Das Ministerium für die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs hält, wie die „Soziale Bauwirtschaft“ berichtet, für Geschädigte Baustoffe zu folgenden Preisen, frei Bestimmungsort, zur Verfügung:

Kalk.....	75 und 65 Fr.
Portlandzement.....	130 Fr.
Gips.....	70 Fr. pro Tonne
Ringofensteine.....	115 Fr. für 1000 Stück

Nach dem heutigen Stand unserer Valuta würden diese Preise bedeuten:

Kalk.....	580—670 M. (Preis in Deutschland 270 M.)
Portlandzement rund 1100.....	430 „
Gips.....	360 „
Ringofensteine.....	380 „

Inzwischen hat sich die Valuta weiter verschlechtert. Man sieht aus dieser Gegenüberstellung, in welchem Umfange die deutsche Baustoffindustrie Valutagewinne zu ihren Gunsten machen kann. Die Gefahr der Baustoffknappheit in Deutschland dürfte immer größer werden, je mehr die Frage der Reparationsleistungen auch auf dem Gebiete der Baustoffe für uns akut wird.

Gewerkschaftliches.

Die Durchführung der Ferienfrage im Baugewerbe wird von den Bauarbeitgebern abgelehnt mit der Begründung, daß ihre Vertreter bei dem Haupttarifamt in Berlin nicht mitgewirkt haben, demnach der Beschluß nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sei. Das Ortsparlament in Berlin,

das sich am 30. September mit dieser Frage zu beschäftigen hatte, hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Nach der ordnungsmäßig bekanntgegebenen Entscheidung des Haupttarifamtes vom 5. August 1921 sind unter den dort genannten Voraussetzungen bezahlte Ferien im Baugewerbe zu gewähren. Ob diese Entscheidung, wie die Arbeitgeber behaupten, nicht ordnungsgemäß zustande gekommen ist, ist vom Tarifamt nicht nachzuprüfen; denn dieses ist dem Haupttarifamt nachgeordnet. Solange daher nicht durch gerichtliches Urteil die Unwirksamkeit der Entscheidung des Haupttarifamtes festgestellt ist, ist sie zu beachten.“

Die Entscheidung über den Antrag des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, betreffend Erlaß einer einstweiligen Verfügung in der Ferienfrage, soll, am 2. November dieses Jahres vor dem Landgericht I, Berlin, getroffen werden. Gleichzeitig sollen an diesem Tage auch alle Klagen gegen die baugewerblichen Arbeiterverbände gemeinsam verhandelt werden.

Die Errichtung eines Lebens- u. Genußmittel

arbeiterverbandes sollte am 9. Oktober dieses Jahres durch Urabstimmung in den Verbänden der Bäcker und Konditoren, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Fleischer und Berufsgenossen bestätigt werden. Die Diskussion hierüber in den betreffenden Fachblättern zeigte bereits, daß viele Stimmen sich gegen den geplanten Zusammenschluß aussprachen. Das Ergebnis der Urabstimmung war nun folgendes: Es stimmten im Bäckerverband für den Zusammenschluß 16 138 Mitglieder, dagegen 5849, im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband 16 421 dafür, 21 155 dagegen und im Fleischerverband 9158 dafür und 522 dagegen. Mit hin stehen 41 715 Befürwortern 27 056 ablehnende Stimmen gegenüber, die Verschmelzung der 3 Verbände ist somit gescheitert, trotz der vielen Bemühungen der Verbandsvorstände.

Die Wahlbeteiligung war sehr schwach; von den vorhandenen 173 000 Mitgliedern haben nur 69 017 von dem Recht der Abstimmung Gebrauch gemacht. Am besten war die Beteiligung im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband mit mehr als 50 %; im Fleischerverband betrug sie 41,3 %, weit zurück mit 29,82 % blieb aber der Bäcker- und Konditorenverband. Es hat sich nicht bewahrheitet, was von den Verschmelzungsfreunden behauptet wurde, daß die Massen für einen Zusammenschluß fordernd. Die Urabstimmung hat im Gegenteil bewiesen, daß besonders in den Großstädten eine große Interesselosigkeit der Mitglieder an dieser Frage besteht.

Sozialpolitisches.

Die Zerstückung Oberschlesiens.

Trotz der begründeten Einwendungen der deutschen Regierung und trotz des schärfsten Einspruchs der deutschen Gewerkschaften noch in letzter Stunde ist die naturwidrige Teilung Oberschlesiens vom Völkerbundsrat beschlossen worden. Wiewohl eine Teilung des umstrittenen Industriegebietes sich selbst mit dem Versailler Gewaltvertrage nicht vereinbaren läßt und eine schwere Verletzung des Rechts darstellt, so wird es doch, wie die „Weltwirtschaftliche Korrespondenz“ dazu schreibt, notwendig sein, die Entscheidung mit kühlem Kopf zu prüfen und auch die wirtschaftlichen Klauseln genau zu studieren; denn diese sollen ja offenbar dem Wunsche des Industriegebietes, bei Deutschland zu bleiben, Rechnung tragen. Den bisherigen Meldungen zufolge soll im ganzen Industriegebiet die deutsche Währung erhalten bleiben, und es sollen Kohle und Zink zollfrei nach Deutschland eingehen; ferner soll der Verkehrsorganismus des Gebietes erhalten bleiben. Auch die unter polnische Souveränität kommenden Gebietsteile werden also weiter auf die Zentren des deutschen Wirtschaftslebens hin orientiert. Die Zahlungsbilanz Deutschlands wird sich durch die Teilung nicht unbedingt verschlechtern. Denn in deutschem Gelde würde sich das ganze Wirtschaftsleben, auch des abgetretenen Gebietes, vollziehen. Das heißt aber, daß für die Lieferungen Oberschlesiens keine fremden Zahlungsmittel benötigt werden (die Steigerung der polnischen Wära war also insoweit vom wirtschaftlichen Standpunkt unbedeutend); da auch keine Zölle erhoben werden sollen, so würde auch der Import der wichtigsten Rohstoffe nach Deutschland nicht belastet sein. Der an Polen zugewiesene Teil des Industriegebietes wird also innerhalb Polens eine Enklave bilden, dessen wirtschaftlicher Lebensschutz in der polnischen Zahlungsbilanz nicht zum Ausdruck kommen wird. Was Deutschland wirtschaftlich verloren geht, ist also in erster Linie die Steuerleistung der abgetretenen Gebiete, was sehr bedauerlich und ungerechtfertigt ist, aber immerhin nicht gerade als wirtschaftliche Katastrophe betrachtet werden kann. Allerdings wird ja Polen sicher versuchen, seine politische Souveränität auch wirtschaftlich auszumünzen, und es wird von dem internationalen Aufsichtsorgan abhängen, inwieweit ihm das gelingen wird. Sobald ist aber leider schon jetzt sicher, daß Deutschland seine wirtschaftspolitische Souveränität über das Gebiet einbüßen wird. Der Spruch des Völkerbundsrates ist vielleicht aus der Absicht heraus gefällt worden, die politische Ungerechtigkeit durch wirtschaftliche Klauseln zu mildern. Ob diese Absicht aber erreicht werden wird, kann nur die Zukunft lehren. Nach den bisherigen Erfahrungen, welche wir mit dem Völkerbunde gemacht haben, müssen wir das leider bezweifeln. Wir müssen außer der politischen noch mit einer wirtschaftlichen Vergewaltigung rechnen.

Kleinstwohnungsbau und Einkommensteuer.

Am zum Bauen von Kleinstwohnungen anzureizen, bietet der § 59 des Einkommensteuergesetzes Steuererleichterungen, die noch nicht genügend beachtet werden. Erstens kann ein Steuerpflichtiger, der selbst Kleinstwohnungen baut oder bauen läßt, einerlei ob zum Selbstbewohnen oder zum Vermieten, alle Aufwendungen für diese Kleinstwohnungen, die bis Ende 1923 baulich beendet sind, von seinem steuerbaren Einkommen absetzen. Die Kleinstwohnungsbauten (90 bis 100 qm Wohnfläche für Wohn- und Schlafräume und Küche, außer den Nebenräumen in ortstüblichen Grenzen) müssen für mindestens 15 Jahre für den gedachten Zweck nutzbar sein. Bei früherer Veräußerung des Hauses muß der Gewinn entsprechend versteuert werden. Zweitens werden auch Aufwendungen an gemeinnützige Vereinigungen und Gesellschaften zur Förderung des Klein-

wohnungsbaues steuerlich begünstigt, da alle Beträge abzugsfähig sind, die bis 1923 solchen Vereinigungen zugewendet werden, die satzungsgemäß und tatsächlich ausschließlich die Förderung des Kleinwohnungsbaues bezwecken. Die Verordnung des Finanzministers vom 12. Juni 1921 erweitert diese Bestimmung noch insoweit, als auch bis einschließlich 1923 an Länder, inländische Gemeinden (Gemeindeverbände) oder öffentlich genehmigte inländische Stiftungen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues gemachte Zuwendungen vom Einkommen abgesetzt werden können. Weiter ist bestimmt, daß den genannten Vereinigungen, Körperschaften und Stiftungen ausschließlich für den gedachten Zweck gemachten Zuwendungen von der Erbschaft- oder Schenkungssteuer befreit sind. Damit diese Steuerbefreiungen auch wirklich nur auf solche Zuwendungen angewandt werden, die der Erstellung von Kleinstwohnungen dienen, ist eine Reihe von Sicherungsbestimmungen geschaffen worden. Es ist nur zu wünschen, daß die zur Belegung des Kleinwohnungsbaues gewährten Steuererleichterungen in weitesten Kreisen bekannt werden, um den Baugenossenschaften und dergleichen die nötigen Kapitalien zuzuführen zu lassen.

Teuerung und Warenpreise.

Es ist selbstverständlich, daß die infolge der Reparationsleistung sowie der wahrhaftigen privatkapitalistischen Spekulation neuerdings eingetretene ungeheure Katastrophe unserer Marktwaluta wieder furchtbare Folgen auf die allgemeine Lebenshaltung, die Warenpreise und die Indizes haben mußte, wodurch natürlich volkswirtschaftlich und sozial der Vorteil vermehrter industrieller Produktion fürs Ausland und dadurch vorübergehend Zurückgehen der Arbeitslosigkeit wieder weit in negativem Sinn überholt wird. Nach den Berechnungen des reichsstatistischen Amtes ist die Indizes für die zum Leben notwendigen Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung von 983 im Juli auf 1045 im August gestiegen, also wiederum um 8,5 %. Am meisten gestiegen sind dabei die Kosten für die Ernährung, während die für Wohnung usw. ziemlich gleich geblieben oder nur mäßig erhöht worden sind. Die Ernährungskosten haben allein eine Steigerung um 9,8 % erfahren, womit das Bierzehnfache der Friedenspreise erreicht ist. Der Brotpreis hat durch die vierzigprozentige Vorkreissteigerung das Dreizehnfache des Friedensstandes erreicht. Infolge der gesunkenen Valuta und der dadurch bedingten enormen Verteuerung der Rohstoffe ist wiederum eine starke Steigerung der Warenpreise zu konstatieren. Der von der „Frankfurter Zeitung“ berechnete Großhandelsindex für 67 Waren ist von August bis Oktober von 159 auf 166 und 184 gestiegen. Die größte Erhöhung weist die Gruppe der Mineralien auf, dann folgen die Preise für Textilien, Leder und schließlich die Lebens- und Genußmittel. Setzt man den Index der Friedenspreise gleich 100, dann gelangt man für den Anfang 1920 auf 1088, also das Zehnfache, und für den 1. Oktober 1921 auf 1992, also das Zwanzigfache der Friedenspreise.

Wenn bei solch wahnsinniger Preistreiberi die Arbeiter, Angestellten und Beamten naturnotwendig mit neuen Lohn- und Gehaltsforderungen kommen, erschallt von der Gegenseite trotzdem wieder das Geschrei von „unberechtigten“ Forderungen, die nur dazu angetan seien, die Preise weiter in die Höhe zu treiben. Gegenüber den nackten Tatsachen, daß die Löhne stets den Preistreiberen nachhinken und nie einen vollen Ausgleich darstellen, bedarf es unter vernünftigen Männern keiner besonderen Beweisführung.

Genossenschaftliches.

Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft, Entstehung, Arten, Ausgaben und Arbeitsweise, Stand und Ausbaudöglichkeiten. Von Otto Schombor. Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, Heft 15, Dresden, von Zahn & Jaensch, 210 Seiten, Preis 25 M. — Im Hinblick auf das enorme Wachstum der Genossenschaftsbewegung auf allen Gebieten — es bestehen zurzeit in Deutschland etwa 44 000 Genossenschaften und im letzten Jahre sind allein über 3000 Gründungen landwirtschaftlicher Art erfolgt — dürfte diese jüngste Veröffentlichung Interesse finden. Es sind hier ausführlich die einzelnen Arten der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften sowie die infolge der vielen Neugründungen auf diesen Gebieten auch besonders interessierenden Arbeits- oder Produktgenossenschaften besprochen sowie die Konsum- und die Bau- oder Wohnungsgenossenschaften. Besonders ist Wert gelegt auch auf die Erörterung der Erfahrungen und der Möglichkeiten des weiteren Ausbaues der verschiedenen genossenschaftlichen Institutionen. Zumal gerade jetzt im Programm der größten politischen Partei (S.P.D.) das Genossenschaftswesen eine neue Auserhebung feiert, ist das Buch als zeitgemäß zu betrachten und allen Interessenten zur Anschaffung zu empfehlen.

Fachtechnisches.

Badische Landes-Maler-Fachschule in Karlsruhe.

Die Fachschule wurde errichtet auf Anregung des Badischen Maler- und Tünchermeister-Verbandes und unserer Filiale Karlsruhe. Beide Verbände stehen mit der Fachschule dauernd in enger Fühlung. Ihre Gutachten und Vorschläge für den Lehrplan und seine Durchführung sind für die Fachschule wertvolle Richtlinien. Die ständige Fühlungnahme mit Praxis und Praktikern sichert der Fachschule ihre grundlegende Bedeutung für das Malergewerbe. Hervorragende Lehrkräfte, neuzeitlich und bestens eingerichtete Lehr- und Arbeitsräume und reichliche Lehr- und Anschaffungsmittel stehen zur Verfügung. Die Fachschule bezweckt die vollständige, das heißt technische und künstlerische Ausbildung in der gesamten Dekorationsmalerei. Gleichzeitig will sie den Teilnehmern die nötigen fachtheoretischen, kaufmännischen und staatsbürgerlichen Kenntnisse für leitende Stellungen und zur selbständigen Führung eines Geschäftes vermitteln. Voraussetzung zur Aufnahme ist die Vollendung des 18. Lebensjahres oder der Nachweis der abgelegten Gesellenprüfung. Erwünscht ist eine mehrjährige Tätigkeit als Malergehülfe. Einzureichen sind Schul-, Lehr- beziehungsweise Arbeitszeugnisse und ein

von der Fachschule zu beziehender und auszufüllender Anmeldechein. Minderjährige Fachschüler haben außerdem die jährliche Genehmigung ihres Vaters oder gesetzlichen Vertreters zum Besuche der Fachschule vorzulegen. Die Kurse dauern 5 Monate und beginnen Anfang Oktober und Anfang März eines jeden Jahres. Für Reichsdeutsche beträgt der Studienbeitrag einschließlich Aufnahmegebühr, Unfallversicherungs- und Werkstattbeitrag 257 M., für Ausländer 357 M. Die Bezahlung hat spätestens 8 Tage nach Kursusbeginn zu erfolgen. Die für das Zeichnen und Aquarellmalen sowie für den fachtheoretischen Unterricht erforderlichen Hilfsmittel, wie Papier, Pinsel, Farben, Reißbrett, Reißzeug, Geste usw., haben die Fachschüler selbst zu stellen, desgleichen die Hilfsmittel für den Unterricht im Glasäsen und Glasvergolden. Die Rahmen und Farben für das dekorative Malen stellt die Fachschule.

Dem Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts und dem Landesgewerbeamt stehen für badische Handwerker zum Besuche von Fachschulen Staatsmittel zur Verfügung von Stipendien zur Verfügung. Gesuche um Gewährung von Beihilfen sind unter Anschluß von Vermögenszeugnissen bei der Direktion einzureichen.

Der Lehrplan umfaßt: Freihandzeichnen, Perspektiv-, Zeichnen und Malen nach der Natur, Stillleben, Schriftzeichnen, Malen von Schrift-Plakaten, Firmenschildern usw., Leinwandmalen, dekoratives Malen jeder Art, Grau-in-Grau usw., Entwerfen und Skizzieren von Inneneinrichtungen, Inneneinbauten und Details (Einzelheiten), Plakaten, Plakaten, gemalten Möbeln, Holz- und Marmormalen, Oel-Lasuren, Möbelmalen, Glasäsen, Glasvergolden, Formen-, Farben- und Stillleben mit Skizzieren, Kunstgeschichte mit Skizzieren, Exkursionen (alle 14 Tage je ein Nachmittag), Materiallehre, Kostenberechnen, Gewerblisches und Geschäftsbuch, Buchführung und Korrespondenz, Wirtschaftslehre und Gesetzbuch.

Für Fortgeschrittene treten als wahlfreie Unterrichtsfächer noch Landschafts- und Altzeichnen hinzu. Im direkten Anschluß an den Besuch eines jeden Winterkurses — der erste Kursus in diesem Jahr soll am 21. November beginnen — wird den Fachschülern, die den gesetzlichen Vorbedingungen genügen, Gelegenheit gegeben, vor der Handwerkskammer Karlsruhe die Meisterprüfung abzulegen.

Weitere Auskunft erteilt die Direktion der Badischen Landes-Maler-Fachschule, Karlsruhe, Adlerstr. 29.

Fachliteratur.

Die Subskription auf das Werk von Professor Dr. A. Gibner: **Ueber fette Oele, Leinölermitteln und Lacken** wird bis zum 15. November 1921 verlängert. Wir ersuchen alle Interessenten, besonders unsere Filialen, die auf den Ausbau ihrer Fachbibliotheken Wert legen, um recht baldige Zeichnung, damit die für die Drucklegung dieses grundlegenden Werkes notwendige Anzahl bald erreicht wird. Die Bestellungen sind bei der Deutschen Gesellschaft für rationelle Malverfahren, München, Herzog-Max-Straße 4, einzureichen.

Literarisches.

Die Satzungen und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) sind soeben in

zweiter, erweiterter Auflage erschienen. Verlag der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin SO 16, Engelstr. 24. 64 Seiten. Preis im Buchhandel 4,50 M., für Gewerkschaftsmitglieder durch die Organisation bezogen 2,25 M. Diese Schrift, die jeder Gewerkschaftler eigentlich stets zur Hand haben muß, enthält als Neues den Organisationsvertrag zwischen dem ADGB und dem IAB, ferner die Richtlinien der beiden großen genannten Spitzenverbände für die örtliche Zusammenfassung der Betriebs-, Arbeiter- und Angelegenheiten und Erläuterungen zu deren Gruppeneinteilung. Ein ausführliches Sachregister erhöht die Uebersichtlichkeit.

Die Erwerbslosenfürsorge. Unter diesem Titel ist soeben im Verlag Freiheit, Berlin C 2, Breitestraße 8/9, eine Schrift des Arbeiterssekretärs Rudolf Weck erschienen (Preis 8 M.), auf die wir bereits in Nummer 35 aufmerksam gemacht haben. In übersichtlicher Anordnung und gemeinverständlich Darstellung gibt die Schrift über die gesetzlichen Bestimmungen sowie deren praktische Anwendung erschöpfend Auskunft. Für jeden, der sich orientieren und wirksam die Interessen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter wahrnehmen will, ist die vorliegende Schrift daher unentbehrlich.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, sind soeben folgende Schriften erschienen:

Die erdolchte Front. Soldatenlieder. Eine Anlage in Versen von Erich Kuttner. Preis 3 M.

Geschlechtliche Erziehung in der Familie. Von Dr. Julian Marcuse. Preis 2 M. Die mit großer Sachkenntnis geschriebene kleine Schrift ist besonders Eltern und Erziehern aufs wärmste zu empfehlen.

100 Milliarden neue Steuern. Wer soll zahlen, arbeitendes Volk, oder Besitzer von Goldwerten? Von Ernst Heilmann. Preis 2,50 M. In der aktuellen Aufklärungsbroschüre wird der bündige Beweis erbracht, daß im wesentlichen der Sachgüterbesitz nicht gelitten hat und deshalb vor allen andern die Besitzer der Produktionsmittel zur Steuer herangezogen werden müssen. Die Erfassung der Goldwerte ist die oberste Notwendigkeit jedes ernstlichen Erfüllungsprogramms.

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17. Von Jenni Lehmann. Preis geb. 12,50 M. Es ist die Geschichte armer Proletarierfrauen aus der Heimat im dritten Kriegsjahre. Man muß unter die Decke gesehen haben, um die Dunkelheiten im Leben der Proletarierfrauen daheim zu erfassen, dieser Mädchen und Frauen, die fast immer, auch wo sie schuldig scheinen, nur unglücklich waren. Wer ihr Leben in der Kriegszeit begreift, dem wird manche Gegenwartserscheinung verständlich werden.

Vom Gewerkschaftsamt Leipzig, Verberstr. 1, können die Organisationen folgende Gesetzentwürfe beziehen: Nr. 1 Entwurf zum Arbeitszeitgesetz. Nr. 2 Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes, Entwurf einer Schlichtungsordnung, Entwurf eines Arbeitsstatistengesetzes. Die Preise betragen ohne Porto für Nr. 1 80, für Nr. 2 1,10 M. Bestellungen sind umgehend aufzugeben.

Die Woche vom 30. Oktober bis 5. November 1921 ist die 44. Beitragswoche.

Briefkasten.

An den Deutschen Malerverein in Buenos Aires. Ein Kollege, der sehr an den Folgen der Bleivergiftung leidet, las anfangs des Krieges in einer hiesigen Zeitung von einem Heilmittel, durch das in Deutschland das Blut aus dem Körper entfernt werde. Das betreffende Mittel hat sich der Kollege nicht gemerkt und bittet nun auf diesem Wege, ob ihm ein Mitglied des Deutschen Malervereins in Buenos Aires dies Mittel noch angeben kann.

Vereinsteil.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Mit dieser Nummer werden die grauen Statistikkarten zur Feststellung der Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder im Monat Oktober an die Filialen versandt. Etliche im Sonnabend, 29. Oktober. Eine ausgefüllte Karte ist spätestens am Freitag, 4. November, mit 40 Pf. frankiert an die Hauptkasse abzusenden. Die andere Karte bleibt als Beleg in der Filiale. Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Berlin. Am 27. August starb der Kollege Josef Daxböckel, geboren am 10. Februar 1867 in Klein-Kredel. — Am 18. Oktober starb die Kollegin Frau Clara Michel, geb. Wittke, geboren am 29. Januar 1894 in Breslau.

Dresden. Am 24. September starb nach langer Krankheit der Kollege Richard Busch, geboren am 30. Mai 1878 in Dresden, im Alter von 45 Jahren. — (Batholisch Bauhen.) Am 2. Oktober starb der Kollege Richard Schumann, geboren am 11. Juli 1883 in Fördenstadt, im Alter von 58 Jahren.

Sörlitz. Am 18. Oktober starb unser langjähriger treuer Kollege Gerhard Zimmermann im Alter von 42 Jahren.

Gotha. Am 24. September verunglückte tödlich durch einen Sturz vom Gerüst unser treuer Mitglied Guido Langenhan im Alter von 88 Jahren. — Nach schwerer Krankheit starben die Kollegen Gustav Petram im Alter von 89 Jahren und Otto Meng im Alter von 18 Jahren.

Halle a. S. Am 16. September starb unser Kollege Edmund Reichenberg im Alter von 86 Jahren. — Am 4. Oktober starb unser Kollege Hermann Hummel im Alter von 67 Jahren.

Münster. Unser Mitglied Johann Schneider ist am 17. Oktober nach langem, schwerem Leiden an den Folgen einer Operation im Alter von 45 Jahren gestorben.

Neustrelitz. Am 26. August starb unser Kollege Paul Kruse.

Northem. Am 25. September starb unser Kollege Heinz Heine, geboren am 29. Oktober 1898 in Bilschhausen.

Stuttgart. Nach langer Krankheit starb am 31. August unser werter Kollege Alois Kettinger im Alter von 88 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Beinamputierter Malergehilfe

gesucht, unbedingt leiblich, wenn möglich im Schriftschreib. gewandt, und gesund. Off. sind a. d. Filiale Dresden des Verbandes der Maler, Hauptstr. 2, 3. Et., einzureichen.

100 Maler, 20 Lackierer, 20 Spachtler
Herrn A. Honsees, Bremen, Bischofstr. 10.

Büfeltdorf-Privatschule
für Holz- und Eisenmalerei
Lehrer: Gustav Wendfeldt.
Büfeltdorf, Güt. Ranzgen-Str. 4.

Fr. Popp, Hamburg-Elbend.
für neue Holz- u. Marmorarbeiten, auch für Erzeugnisse, erstellt
Hamburg-Elbend, Hauptstr. 27, Spitz.
Anmeldungen täglich.

Jeder Kollege
bedürftig sofort einen Probeband
Der Dekorationsmaler
3 frühere Hefen mit 12 feinsten
Vorarbeiten. Preis 8 M. bei Vor-
zahlung des Betrages.
Quellen-Verlag.
Münster-Holz, Pippingerstr. 2.

Wilhelm Walter
Oel, Lacke, Leime
Bilgige Spezialanfertiger für
Maler und Lackierer.
Hamburg, Grindelstraße 72.
Geschäftsjahr von 8^{1/2} bis 7 Uhr.

Badische Landes-Malerfachschule
Karlsruhe, Adlerstr. 29.
Schuljahresbeginn: 21. Nov. d. J. • Auskunft durch die Direktion.

Malermäntel
wieder in guter Qualität lieferbar.
Proben u. Preisliste kostenlos.
D. Wurzel & Co.
Berlin SO.
Brandenburgerstr. 13.
Telefon: Moritzpl. 12359

Private Malerkunst
v. Heinrich Gentes, Imselbrücken (Pfalz).
1. Abt. f. Dekorationsmalerei, 2. Abt. f. Holz-, Marmor- und Schriftmalerei.
Bauer des Turmes: 16. Okt. 6. 15. Febr. Gutes jed. Prosp. grat.

Abend- und Sonntags-Kurse
für neue Holz- u. Marmorarbeiten, auch für Erzeugnisse, erstellt
Fr. Popp, Hamburg-Elbend.
Hauptstr. 27, Spitz.
Anmeldungen täglich.

Jeder Kollege
bedürftig sofort einen Probeband
Der Dekorationsmaler
3 frühere Hefen mit 12 feinsten
Vorarbeiten. Preis 8 M. bei Vor-
zahlung des Betrages.
Quellen-Verlag.
Münster-Holz, Pippingerstr. 2.

Wilhelm Walter
Oel, Lacke, Leime
Bilgige Spezialanfertiger für
Maler und Lackierer.
Hamburg, Grindelstraße 72.
Geschäftsjahr von 8^{1/2} bis 7 Uhr.

Die Erfolge eines Monats
die von deutschen und ausländischen Schülern in Schotts Maler-Technikum seit 15 Jahren erreicht werden, übertreffen in jeder Hinsicht weit Ihre Erwartungen.
Wollen Sie im prakt. Leben vorwärtskommen u. die vielen u. großen Vorzüge dieser staatl. anerkannten Schule mit ihren grundlegenden systematischen 1-Monats-Sonderkursen, Meisterkursen u. Meisterprüfungen im Wintersemester u. den großen Lehrkörper sowie die günstigen Wohn- u. Verpflegungsverhältnisse Schwerins kennen lernen, dann verlangen Sie sofort die ausführl. Aufklärungsschrift No. 14, Lehrplan usw. von d. Direktion **Medlenburg. Maler-Technikum Schwerin i. M. 5.**

Immer noch werden tüchtige Holzmaler
Wasser- u. Leinwandmalerei u. d. H. P. u. d. H. P. a.
gründlich eingearbeitet sind und saubere Arbeit leisten.
Eine hohe Verdienstmöglichkeit
muss auch Sie anlockern, sich diese fortschrittliche Arbeitsmethode
praktisch aneignen. Dazu bietet sich der Selbstunterricht
nach meiner Broschüre (gegen Nachnahme von 9,10 M.). Bei Be-
teiligung von mindestens 10 Schülern auch achtstündige Lehrstun-
den an allen Plätzen des Reiches, sonst aber periodische Unterrichts-
kurse mit individueller Ausbildung in Pleinfeld. Unterricht
gesichert. Honorar sehr mäßig. Erfolg garantiert. Kosten-
freie Stellenvermittlung! Jede gewünschte Auskunft erteilt:
Robert Oldenbruch, Farbenfabrik, Pleinfeld i. B.
Telefon 4 und 12. Drahtwort: Roldfarben.

Malerschule Buxtehude
Größte und Älteste Fachschule für Dekorationsmalerei.
Letzte Frequenz 135 Schüler, 35 Meisterprüfungen.
Zahlr. gold. Medaillen u. Ehrenpreise: Silberne Staatsmedaille 1914.
• Wintersemester 1921/22: 1. Oktober bis 31. März.
• Meisterkurse. • Akademiekurse. • Sonderkurse.
Gegründet 1877. Eintritt jederzeit. Prosp. d. die Direktion.

Lehrkurse
für neuzeitliche Holz- und Marmorarbeiten werden
auf Wunsch wiederholt.
In Leipzig vom 31. Oktober bis 15. November im
Hotel „Hochstein“, am Bayrischen Bahnhof. In
Dresden vom 7. bis 12. November. Lokal wird
noch bekanntgegeben.
Lehrplan: Eiche in Oel- und Wasserlasur, desgl.
Nussbaum deutsch, ital., amerik., Marmor, Tief-
maschinierung, nach dem neuesten ROSPA-Ritzverfahren
in Eiche, hell und dunkel, deutsche Eiche, ungar.
Eiche und Küster in jeder beliebigen Einteilung und
Gehrungsarbeit. — Es kann noch eine beschränkte
Zahl von Schülern Aufnahme finden. Anmeldung um-
gehend erbeten. — Teilnehmergebühr 150 Mark.
Material und Werkzeugverbrauch werden nicht be-
rechnet. Übung auf Holzmustern und Möbeln.
Zu jed. weiter. Auskunft erbietet sich der General-
vertreter für Sachsen: Hugo Oldenbruch jr.,
Pleinfeld i. Bayern und für Dresden: Ernst Zier,
Dresden-K., Am Poppitz 26.

Selbstleuchtende Farben.
Stelle Anerkennungen! Große Abkäufe! In jeder Stadt Deutsch-
lands werden Vertreter gesucht für das patentamtlich geschützte Selbst-
leuchtende. Hohes Entkommen! Hoff jede Offerte ein Kostlos
Probepaket gegen 20 M., die bei Rücksendung zurückgegeben werden.
Probepaket für Maler 20, 40, 60 M. Versand gegen Voreinsendung an
das Postfachkonto Berlin 64266 portofrei. Rücknahme 2 M. mehr. Bei
Bestellung bitte angeben, ob Probepaket oder Probepaket gewünscht
wird. E. Schulz, Berlin-Neukölln, Parflogartenstr. 12.

Nr. 42 des „Korrespondenzblatt“ liegt heute bei.